Schleswig-Holsteinischer Landtag

Stenographischer Dienst und Ausschussdienst

N i e d e r s c h r i f t

Innen- und Rechtsausschuss

98. Sitzung

am Mittwoch, dem 24. November 1999, 14:00 Uhr
im Sitzungszimmer 138 des Landtages

Anwesende Abgeordnete

Heinz Maurus (CDU)

Vorsitzender

Dr. Gabriele Kötschau (SPD)

Helmut Plüschau (SPD)

Klaus-Peter Puls (SPD)

Peter Zahn (SPD)

Thorsten Geißler (CDU)

Klaus Schlie (CDU)

Monika Schwalm (CDU)

Matthias Böttcher (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wolfgang Kubicki (F.D.P.)

Weitere Abgeordnete

Anke Spoorendonk (SSW)

Hermann Benker (SPD)

Dr. Eberhard Dall'Asta (CDU)

Fehlende Abgeordnete

Bernd Saxe (SPD)

Die Liste der **weiteren Anwesenden** befindet sich in der Sitzungsakte.

Tagesordnung:	Seite
1. Bericht des Justizministeriums über die Auswirkungen und Folgerungen aus dem Urteil des Prozesses im Zusammenhang mit dem Brand eines Asylbewerberheimes in der Hafenstraße in Lübeck, insbesondere über die aktuellen Überlegungen zur Aufklärung	4
2. Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Mitbestimmungsgesetzes Schleswig-Holstein (MBG Schl.-H)	9
Gesetzentwurf der Landesregierung Drucksache 14/1353	
3. Entwurf eines schleswig-holsteinischen Gesetzes zum Schutz personenbezogener Informationen (Landesdatenschutzgesetz - LDSG -)	10
Gesetzentwurf der Landesregierung Drucksache 14/2258	
4. Entwurf eines Gesetzes zur Änderung rundfunkrechtlicher Vorschriften	11
Gesetzentwurf der Landesregierung Drucksache 14/2499	
5. Förderung der Regional- beziehungsweise Minderheitensprachen in den Medien	12
Antrag der Abgeordneten Anke Spoorendonk (SSW) Drucksache 14/2507	
6. Verschiedenes	13

Der Vorsitzende, Abg. Maurus, eröffnet die Sitzung um 14:05 Uhr und stellt die Beschlussfähigkeit des Ausschusses fest.

Vor Eintritt in die Tagesordnung setzt der Ausschuss folgenden Punkt ab:

Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Landesverwaltungsgesetzes

Gesetzentwurf der Landesregierung
Drucksache 14/1478

Punkt 1 der Tagesordnung:

Bericht des Justizministeriums über die Auswirkungen und Folgerungen aus dem Urteil des Prozesses im Zusammenhang mit dem Brand eines Asylbewerberheimes in der Hafensstraße in Lübeck, insbesondere über die aktuellen Überlegungen zur Aufklärung

St Jöhnk erinnert zunächst an den im November des Jahres 1997 im Ausschuss abgegebenen Bericht und stellt seinen Ausführungen den Hinweis vor, es löse tiefe Betroffenheit aus, über ein Ereignis zu sprechen, bei dem zehn Menschen ums Leben und 38 Menschen zum Teil schwer verletzt worden seien vor dem Hintergrund, dass derjenige, der dieses Ereignis ausgelöst habe, vielleicht nie gefasst werden könne.

Er schildert sodann kurz den bisherigen Ablauf des Prozesses im Zusammenhang mit dem Brand eines Asylbewerberheimes in der Hafensstraße in Lübeck und trifft sodann die folgenden Feststellungen:

1. Die schriftlichen Urteilsgründe des Landgerichts Kiel, das erneut mit einem Freispruch des Angeklagten Safran Eid beendet worden sei, liege gegenwärtig noch nicht vor. Was dem Ministerium bisher schriftlich vorliege, sei eine vorläufige Bewertung und Würdigung der Beweislage durch die Kammer sowie eine schriftliche Information des Sitzungsvertreters der Staatsanwaltschaft Kiel über die mündliche Begründung.
2. Bei realistischer Betrachtung der Gesamtlage sei mit einem erneuten Freispruch zu rechnen gewesen.

3. Nach den gegenwärtigen Erkenntnissen sowohl der Staatsanwaltschaft Lübeck wie auch des Sitzungsvertreters der Staatsanwaltschaft Kiel ergäben sich derzeit keine weiteren Erkenntnisse für neue Ermittlungsansätze. Dieser Tatbestand werfe zwei wesentliche Fragen auf, nämlich ob die Anklageerhebung durch die Staatsanwaltschaft in Lübeck seinerzeit überhaupt gerechtfertigt gewesen sei und was mit den Ermittlungshandlungen gegen die im Zuge der Presseveröffentlichungen genannten vier jungen Leute aus Grevesmühlen sei. Damit verbunden sei die Frage, inwieweit das Ministerium im Rahmen seiner Dienstaufsicht seiner Aufgabe nachgekommen sei.

Das Justizministerium vertrete folgende grundsätzliche Linie: Die Staatsanwaltschaften sollten ihrer Ermittlungstätigkeit nach Möglichkeit unbeeinflusst von Maßnahmen der Dienstaufsicht nachgehen. Vor diesem Hintergrund bestehe zu den beiden genannten Komplexen aus der Sicht des Ministeriums keinerlei Veranlassung zu irgendwelcher Kritik.

Bezüglich der Rechtfertigung der Anklageerhebung verweise er auf mehrere gerichtliche Entscheidungen, die dringenden oder gar hinreichenden Tatverdacht bejaht hätten, wie etwa der Erlass des Haftbefehls, der Ausgang des Beschwerdeverfahrens, die Eröffnung des Hauptverfahrens. Sollte das Urteil des Landgerichts Kiel andere Anhaltspunkte ergeben, müsse dies vor dem Hintergrund der erwähnten gerichtlichen Entscheidungen gründlich überdacht werden.

Zum Komplex Grevesmühlen gebe es eine etwa 150-seitige schriftliche Ausarbeitung. Er biete an, diese dem Ausschuss zur Einsichtnahme zur Verfügung zu stellen.

Zusammenfassend sei festzustellen, aus der Sicht des Ministeriums bestehe keinerlei Veranlassung, die Staatsanwaltschaft in Lübeck zu rügen, dass sie Anklage erhoben habe. Es bestehe auch keinerlei Veranlassung, sie zu rügen, dass sie das Ermittlungsverfahren gegen die vier jungen Leute aus Grevesmühlen eingestellt habe.

Auf die weitergehende Frage, ob es weitere Verdächtige gebe, lautet die Mitteilung der Staatsanwaltschaft, dass es dafür keine Anhaltspunkte gebe.

Abg. Geißler spricht die im Rahmen des Verfahrens eine Rolle spielenden unterschiedlichen Übersetzungen einer Tonaufzeichnung an und möchte wissen, ob die Staatsanwaltschaft die von ihr vorgenommenen Übersetzungen habe gegenchecken lassen. - St Jöhnk erwidert, der Ablauf der Hauptverhandlung habe gezeigt, dass die Tonbänder so ergiebig gewesen seien, dass das Gericht seine Schlüsse daraus habe ziehen können. Im Übrigen sei es so, dass man sich bis auf zwei Punkte auf eine Übersetzung geeinigt habe und das Gericht nach der Überset-

zung zu der Einschätzung gelangt sei, dass das für eine Verurteilung nicht einmal ansatzweise reiche.

Von Abg. Geißler auf die möglicherweise mangelnde Tonqualität der Aufzeichnungen angesprochen, erinnert St Jöhnk an die Aussage eines Vertreters des Innenministeriums, dass die Aufzeichnungen im üblichen Verfahren vorgenommen worden seien und von Pannen nicht die Rede sein könne. Nunmehr habe er, St Jöhnk, vernommen, dass es gelegentlich an der Qualität der Wiedergabe der Bänder gemangelt haben solle. Bislang habe er aber nicht verfolgen können, dass sie nicht hätten verwertet werden können. Aus Anlass der seinerzeitigen Fragestellung des Abg. Geißler habe er mit der Polizei über eben diese Frage gesprochen. Ihm sei zugesagt worden, es werde sichergestellt, Abhörmaßnahmen erfolgten in einer Qualität, dass man mit den Aufnahmen etwas anfangen könne.

Abg. Kubicki äußert die Erwartung, über diese Thematik erneut zu diskutieren, wenn die schriftlichen Urteilsgründe vorliegen.

Sodann erklärt er, er könne die Einschätzung von St Jöhnk nicht teilen. Die Staatsanwaltschaft Lübeck habe mit einer Apodiktheit, die ihn bei seiner langjährigen Erfahrung als Strafverteidiger überrascht habe, erklärt, Safran Eid sei der Straftäter. Das mache man nur, wenn man sicher sei, dass es zu einer Verurteilung komme. Nach dem zweimaligen Freispruch sei als unbefriedigendes Ergebnis zu sehen, dass ein ausländischer Mitbürger über mehrere Jahre zu Unrecht einer Tat verdächtigt worden sei.

Die Landesregierung sei nach wie vor eine Erklärung darüber schuldig, was die Staatsanwaltschaft Lübeck veranlasst habe, keine Revision zu erheben. Die Beweislage habe sich nicht geändert. Demnach müsse im Rahmen der Hauptverhandlung etwas geschehen sein, das die Erkenntnisse der Staatsanwaltschaft geändert habe. Er wolle wissen, was das gewesen sei.

Was ihm, Abg. Kubicki, persönlich frustriere, sei die Tatsache, dass man es mit einer Straftat zu tun habe, bei der zehn Menschen getötet worden seien, und eine Staatsanwaltschaft des Landes Schleswig-Holstein erkläre, sie vermöge diese nicht aufzuklären. Dafür müsse es Gründe geben, die entweder im Bereich der Staatsanwaltschaft oder im Bereich der ermittelnden Kriminalpolizei zu finden seien. Damit müsse sich der Ausschuss noch einmal intensiv beschäftigen.

St Jöhnk betont, auch er sei betroffen. Er betont, die Landesregierung habe das Verfahren von Anfang an besonders sorgfältig begleitet. Nach den bisher vorliegenden Kenntnissen sehe er - wie er das bereits Eingangs gesagt habe - keinerlei Anhaltspunkte dafür, die Staatsanwaltschaft

zu rügen. Er sei selbstverständlich bereit, dem Innen- und Rechtsausschuss erneut zu berichten. Er werde auch das Urteil des Landgerichts Kiel sehr sorgfältig lesen. So gebe es beispielsweise Hinweise dafür, dass der Kammervorsitzende der Auffassung sei, dass die Anklage gar nicht hätte erhoben werden dürfen. Dazu müsste er sich auch in den schriftlichen Gründen deutlich äußern. In diesem Zusammenhang verweise er nochmals auf die verschiedenen gerichtlichen Entscheidungen, die einen hinreichenden, zum Teil einen dringenden Tatverdacht hätten vermuten lassen.

St Jöhnk geht auf die Einführung der Tonbänder als Beweismaterial in das Verfahren ein und führt aus, das Ministerium habe mit der Staatsanwaltschaft unter Einbeziehung des Generalstaatsanwalts sorgfältig darüber diskutiert, ob die Entscheidung, die Tonbänder nicht als Beweismaterial zuzulassen, als Revisionsgrund herangezogen werden solle. Dabei sei man zu dem Ergebnis gekommen, dass die Einbeziehung der Tonbänder nichts bringen würde. Das habe sich im Übrigen im Nachhinein nachhaltig bestätigt. Das Ministerium habe von daher dringend empfohlen, von einer Revision abzusehen.

Abg. Kubicki hebt hervor, es könne nur dann Anklage erhoben werden, wenn hinreichender Tatverdacht sowie eine Verurteilungswahrscheinlichkeit gegeben seien. Wenn die Staatsanwaltschaft keine Revision gegen ein Urteil einlege, müsse in der Hauptverhandlung etwas passiert sein, das die Staatsanwaltschaft zu der Erkenntnis gebracht habe, dass entweder kein hinreichender Tatverdacht oder keine Verurteilungswahrscheinlichkeit gegeben sei. Er wiederholt seine Frage danach, was konkret Anlass zu einer veränderten Einschätzung der Staatsanwaltschaft Lübeck gegeben habe. - St Jöhnk erwidert, er halte es für einen normalen Vorgang, dass die Staatsanwaltschaft mit einer bestimmten Erwartung in ein Verfahren hineingehe und im Lauf der Verhandlung, gegebenenfalls durch Zeugenaussagen oder Darlegungen der Verteidigung, zu einer anderen Einschätzung gelange.

Abg. Dr. Kötschau spricht sich dafür aus, weiter zu diskutieren, wenn die schriftlichen Unterlagen - Urteilsbegründung sowie Bewertung der Staatsanwaltschaft - vorliegen. Sie gibt zu bedenken, das Parlament könne nicht als eine Art Ersatzgericht fungieren.

Abg. Geißler legt dar, es könne weder eine abschließende Bewertung vorgenommen werden noch könne sich der Ausschuss an die Stelle der Staatsanwaltschaft setzen. Dass aber das Parlament in einem Fall, der zehn Menschenleben gekostet habe und der nicht aufgeklärt sei, Fragen stelle, sei durchaus legitim.

Abg. Puls teilt die Auffassung von St Jöhnk, dass es sich um einen normalen Vorgang handele, wenn eine Staatsanwaltschaft durch den Ablauf einer Hauptverhandlung seine Meinung ändere.

Er halte es außerdem für realitätsfern, erwarten zu wollen, dass alle Verbrechen zu 100 % aufgeklärt werden - so bedauerlich das in diesem schlimmen Fall auch sei. Er halte es für unverschämt, die Regierung dafür verantwortlich zu machen, dass ein Fall möglicherweise unaufgeklärt bleibe.

Abg. Zahn betont, dass der verfassungsmäßige Auftrag des Landtages die Kontrolle der Landesregierung sei, und spricht sich dafür aus, die Diskussion gegenwärtig nicht fortzusetzen.

Nach Auffassung von Abg. Kubicki ist es durchaus Aufgabe dieses Ausschusses, diesen Fragestellungen nachzugehen. Man müsse beispielsweise fragen, ob in eine bestimmte Zielrichtung ermittelt worden sei. Man müsse auch die Fragen stellen, ob die Kapazitäten der ermittelnden Beamten sowie bei der Staatsanwaltschaft aufreichend gewesen seien. Für erheblich halte er es nach wie vor zu erfahren, was zu einer Änderung der Einschätzung der Staatsanwaltschaft Lübeck geführt habe.

Auf eine Frage des Vorsitzenden führt LMR Dr. Wuttke aus, der Justizminister sei dem Landtag gegenüber verantwortlich für das, was er tue und was in seinem nachgeordneten Bereich getan werde. Soweit es um das Verhältnis zur Staatsanwaltschaft gehe, sei darauf hinzuweisen, dass die Staatsanwaltschaft weisungsgebundene Behörde sei. Hinzuweisen sei auch darauf, dass von diesem Weisungsrecht zurückhaltend Gebrauch gemacht worden sei. Soweit es um die Ausübung der Aufsichtsbefugnisse des Justizministers gehe, komme es darauf an, was im Bereich der Staatsanwaltschaft geschehe. Wenn im Bereich der Staatsanwaltschaft offenkundig Fehler gemacht würden, müsse die Aufsicht des Justizministers eingreifen. Ob offensichtliche Fehler gemacht worden seien, richte sich nach den jeweiligen konkreten Umständen des Einzelfalls. Soweit es um die Frage gehe, was der Landtag in einem solchen Fall tun und kontrollieren könne, komme es auf das an, was im Bereich der Staatsanwaltschaft geschehen sei. Wenn es dort offensichtliche Mängel gegeben habe und diese dem Justizminister - etwa im Rahmen des Berichtswesens - offenkundig geworden seien, hätte seine Aufsicht eingreifen müssen. Wenn dies nicht geschehe, könne der Landtag dies monieren.

Der Vorsitzende schlägt vor, die Vorlage der schriftlichen Urteilsbegründung des Landgerichts Kiel abzuwarten und den Justizminister zu bitten, ihm diese, die vorläufige schriftliche Stellungnahme des Sitzungsvertreterers der Staatsanwaltschaft Kiel sowie die von St Jöhnk erwähnte schriftliche Ausarbeitung zum Komplex Grevesmühlen zukommen zu lassen. - Der Ausschuss erklärt sich mit dieser Vorgehensweise einverstanden.

Punkt 2 der Tagesordnung:

**Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Mitbestimmungsgesetzes
Schleswig-Holstein (MBG Schl.-H)**

Gesetzentwurf der Landesregierung
Drucksache 14/1353

hierzu: Umdrucke 14/1873 - 14/1876, 14/1898, 14/1905, 14/2019, 14/2023,
14/2024, 14/2026, 14/2040, 14/2054, 14/2060, 14/2061
(neu), 14/2062 (neu), 14/2064, 14/2068, 14/2069, 14/2075,
14/2076, 14/2113, 14/2170, 14/2251, 14/3517, 14/3550,
14/3557, 14/3591, 14/3638 - 14/3641, 14/3643, 14/3645,
14/3654 - 14/3656, 14/3669, 14/3709 - 14/3711, 14/3840,
14/4005

(überwiesen am 25. März 1998)

Der Vorsitzende erklärt für die Fraktion der CDU, dass sie das Gesetz ablehne. Zur Begründung verweist er auf die in der ersten Lesung vorgetragene Argumentation.

Abg. Zahn beantragt Zustimmung unter Berücksichtigung der aus Umdruck 14/4005 sowie 14/3710 - Zitierweise des Gesetzes - ersichtlichen Änderungen.

Der Ausschuss fasst folgende Beschlüsse:

1. Mit den Stimmen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der CDU bei Enthaltung der F.D.P. nimmt der Ausschuss die aus den Umdrucken 14/4005 und 14/3710 ersichtlichen Änderungsanträge an.
2. Der Ausschuss empfiehlt dem Landtag mit den Stimmen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der CDU bei Enthaltung der F.D.P., den Gesetzentwurf in der vom Ausschuss geänderten Fassung anzunehmen.

Punkt 3 der Tagesordnung:

Entwurf eines schleswig-holsteinischen Gesetzes zum Schutz personenbezogener Informationen (Landesdatenschutzgesetz - LDSG -)

Gesetzentwurf der Landesregierung
Drucksache 14/2258

hierzu: Umdrucke 14/3741, 14/3742, 14/3771, 14/3807, 14/3821, 14/3843,
14/3882, 14/3911, 14/3915 - 14/3918, 14/3954 - 14/3956,
14/4013, 14/4039

(überwiesen am 8. Juli 1999)

Abg. Geißler beantragt, eine mündliche Anhörung durchzuführen. - Der Ausschuss stimmt dem zu.

Als Kreis der Anzuhörenden wird der Kreis derjenigen benannt, die zur Abgabe einer schriftlichen Stellungnahme aufgefordert worden sind.

Der Vorsitzende und der stellv. Vorsitzende werden beauftragt, einen Termin für die Anhörung festzulegen (Dienstag, 14. Dezember 1999, 9:00 Uhr).

Punkt 4 der Tagesordnung:

Entwurf eines Gesetzes zur Änderung rundfunkrechtlicher Vorschriften

Gesetzentwurf der Landesregierung

Drucksache 14/1499

St Gärtner sagt zu, die von Abg. Dr. Dall'Asta gestellten und unten aufgeführten Fragen schriftlich zu beantworten.

1. Abg. Dr. Dall'Asta möchte wissen, welche Institutionen beziehungsweise Personen angehört worden sind.
2. Weiter fragt er danach, wie viele Kabelanlagen in Schleswig-Holstein von der Neuregelung betroffen sind, die sich in privater Hand befinden.
3. Ferner bittet er um Übermittlung der Regelungen derjenigen Länder, die bereits eine gesetzliche Regelung für die Einspeisung des Offenen Kanals in Kabelanlagen festgelegt haben.

Der Ausschuss kommt überein, die Beratung in der Sitzung am 8. Dezember 1999 fortzusetzen. Angestrebt wird, die zweite Lesung des Gesetzentwurfs in der Dezember-Tagung des Landtages durchzuführen.

Ferner kommt der Ausschuss überein, mögliche weitere Fragen direkt schriftlich der Staatskanzlei zukommen zu lassen.

Punkt 5 der Tagesordnung:

Förderung der Regional- beziehungsweise Minderheitensprachen in den Medien

Antrag der Abgeordneten Anke Spoorendonk (SSW)
Drucksache 14/2507

(überwiesen am 18. November 1999 an den **Bildungsausschuss** und den Innen- und Rechtsausschuss)

Abg. Spoorendonk regt an, eine schriftliche Anhörung durchzuführen, insbesondere um Erfahrungsberichte in die Beratungen einbeziehen zu können. - Der Ausschuss beschließt entsprechend.

Außerdem verständigt sich der Ausschuss darauf, den Kreis der Anzuhörenden gegenüber der Geschäftsführerin des Ausschusses bis Ende November 1999 festzulegen. Als Termin, bis zu dem die Stellungnahmen der Anzuhörenden eingegangen sein sollten, legt der Ausschuss den 15. Januar 2000 fest.

Punkt 6 der Tagesordnung:

Verschiedenes

Der Ausschuss billigt den aus Umdruck 14/4049 (neu) ersichtlichen Zeitplan für Sitzungen des Innen- und Rechtsausschusses im ersten Halbjahr 2000 unter der Maßgabe, dass am Donnerstag, dem 13. Januar, 10:00 Uhr, eine weitere Sitzung anberaumt wird.

Der Vorsitzende, Abg. Maurus, schließt die Sitzung um 15:15 Uhr.

gez. Heinz Maurus
Vorsitzender

gez. Petra Tschanter
Geschäfts- und Protokollführerin